



# Der Informationsdienst der **DPoIG** Baden-Württemberg

Nr. 16

26. August 2013

Sofern unsere Beiträge mit einer Quellenangabe versehen sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der DPoIG und der ID-Redaktion wieder.

\*\*\*\*\*  
\*

Eigene Bewertungen und Anmerkungen sind als solche gekennzeichnet.

\*\*\*\*\*  
\*

Der DPoIG-ID erscheint ca. wöchentlich. Nachdruck honorarfrei. Quellenangabe erbeten.

## Inhalt

- 01 Spitzenämter bei der Polizei**
- 02 Ministerpräsident Kretschmann im Staatsanzeiger zum öffentlichen Dienst, Beamten und teure Angestellten**
- 03 NSU - DPoIG weist Pauschalkritik an Sicherheitsbehörden zurück**
- 04 14,5 Milliarden Euro Steuereinnahmen für das Land**
- 05 Auswahlverfahren für die Laufbahn des geh. PVD startet noch 2013**
- 06 Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes**
- 07 Verkehrsunfallentwicklung in Baden-Württemberg**
- 08 DPoIG-Kurzmeldungen**

**01 Spitzenämter bei Polizei werden neu besetzt**

Quelle: IM BW

**Innenminister Reinhold Gall: „Führungspositionen ohne Verzug in bewährte Hände“** - Innenminister Reinhold Gall hat wegen des bevorstehenden Wechsels von Landespolizeipräsident Dr. Wolf Hammann in das Integrationsministerium entschieden, mehrere vakante Führungspositionen der Polizei neu zu besetzen. „Auch mit Blick auf die Umsetzung der Polizeireform müssen die Spitzenämter ohne Verzug in bewährte Hände gegeben werden“, betonte Gall am Freitag, 23. August. 2013.

Vorbehaltlich der Zustimmung des Ministerrates sollen ernannt werden:

Landespolizeipräsident



Inspekteur der Polizei  
**Gerhard Klotter**

Vertreter des Landespolizeipräsidenten



Abteilungspräsident LPD Tübingen  
**Dietrich Moser von Filseck**

Inspekteur der Polizei



Ltd. Polizeidirektor, LPD Karlsruhe  
**Detlef Werner**



Neben den Personalentscheidungen für das Landespolizeipräsidium wird durch die beabsichtigte Ernennung zum Inspekteur der Polizei die Stelle des Mannheimer Polizeipräsidenten frei. Hier folgt Ltd. Polizeidirektor Thomas Köber, der als bisheriger Stellvertreter der Mannheimer Polizeipräsidentin diese ablöst und seine bisherige Chefin zur Stellvertreterin bekommt.

Die DPoIG gratuliert und wünscht den designierten Führungskräften eine glückliche Hand für die schwierigen Aufgaben die vor Ihnen liegen.

**02 Ministerpräsident Kretschmann im Staatsanzeiger zum öffentlichen Dienst, den Beamten und teuren Tarifbeschäftigten**

Quelle: Staatsanzeiger

**Im Interview mit dem Staatsanzeiger spricht Ministerpräsident Winfried Kretschmann über den Weg in die Bürgergesellschaft, die Sanierung des Haushalts und Verzeihen in der Politik.**

....

**Auszüge:**

**Sie sind als Ministerpräsident bei der Bevölkerung sehr beliebt. Woran messen Sie selbst Ihren Erfolg?**

Kretschmann: Erfolg misst sich an vielen Punkten. Zwei will ich nennen. Zum einen, dass man konkrete Vorhaben umgesetzt bekommt: Die Energiewende, den Bildungserfolg von der Herkunft zu entkoppeln, den Haushalt zu sanieren. Das sind konkrete Vorhaben. Der Haushalt etwa ist zwar das schwierigste Problem, aber auch am einfachsten überprüfbar: Da gibt es Zahlen. ....

**Schon heute sind 25 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst 55 Jahre und älter. In ein paar Jahren könnten komplette Abteilungen geschlossen werden, wenn heute nicht gegengesteuert wird. Nachwuchs tut Not, die Stimmung ist schlecht. Ist es da nicht kontraproduktiv, wenn die Eingangsbesoldung der Beamten um vier Prozent gesenkt wird?**

Kretschmann: Die Einstiegsgehälter sind nicht das Problem. Nach drei Jahren steigt das Gehalt ja an. Wirkliche Probleme gibt es etwa bei den jungen, noch nicht fest angestellten Lehrern, die in den Sommerferien nicht bezahlt werden. Oder bei jungen Absolventen, die Praktikumsrunden ohne Ende leisten müssen. Die Zunahme ungesicherter bis hin zu prekären Beschäftigungsverhältnissen erschwert die Familiengründung. Das Problem liegt nicht darin, dass man jetzt als Beamter am Anfang eine Gehaltsstufe niedriger eingestuft wird. Niemand macht das gerne, aber irgendwie müssen wir auch am Personalkörper etwas machen. Man kann am Personal vorbei nicht den Haushalt sanieren, das geht einfach nicht. Das sind weit über 40 Prozent des Haushalts.

**Sie sagen, der Haushalt kann nicht an den Beamten vorbei saniert werden. Doch was wollen sie tun, damit nicht so viel Frust bei den Beamten entsteht?**

Kretschmann: Ich kann letztlich nur an ihre Vernunft und Voraussicht appellieren. Wir müssen ja auch an die Beamten der Zukunft denken. Pensionen und Renten laufen immer weiter auseinander. Das können wir uns auf Dauer nicht leisten. Wir können nicht solange warten, bis wir richtig brutale Einschnitte machen müssen, weil es anders gar nicht mehr geht. Wir müssen nachhaltig und auch langfristig denken. Wir wollen ja auch noch Beamte einstellen und bezahlen können, wenn die Schuldenbremse greift. Ich muss die Pensionen auch noch in 20 Jahren bezahlen können, daran soll der Beamtenbund auch denken. Die denken immer, ich habe etwas gegen sie. Das stimmt nicht, ich denke nur langfristig. Wir sind verfassungsmäßig so eingeschnürt durch den Artikel 33, Abs. 5, der sagt: der Öffentliche Dienst ist nach den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums zu organisieren. Diese stammen aus der Bismarckzeit und der Weimarer Republik und sind meiner Ansicht nach nicht mehr zeitgemäß.

**Müsste man nicht noch stärker an die Pensionen herangehen?**

Kretschmann: Das läuft in der Tat dramatisch auseinander. Die Beamtenschaft müsste erkennen, dass sie in außerordentlicher Weise sehr gut gestellt ist. Dafür kann man auch mal Einbußen bei der Übertragung von Tarifrunden in Kauf nehmen.

**Müssten sie da nicht noch konsequenter sein?**

**Kretschmann:** Es ist ja bekannt, dass ich eigentlich eine Nullrunde wollte. Die wäre auch haushaltspolitisch notwendig gewesen. Wir merken einfach: Die Vorgängerregierungen haben das schleifen lassen. Wir können nicht so viel auf einmal machen. Wir wollen ja das Verhältnis zu unseren Beamten nicht noch weiter verschlechtern. Wir schätzen unsere Beamtenschaft. Seit ich regiere schätze ich sie noch mehr als vorher. Das sind hochmotivierte, leistungsbereite Menschen, die ich um mich herum habe. Und eine gute Demokratie funktioniert überhaupt nur mit einer loyalen und gesetzestreuen Beamtenschaft. Die haben wir, und das ist zu würdigen.

**Sind eigentlich noch so viele Verbeamtungen erforderlich?**

**Kretschmann:** Angestellte sind teurer, aber die eigentliche Rechnung für Beamte kriegen sie erst nach deren aktiver Zeit. Das System grundsätzlich zu verändern, das bekommen sie nur im Geleitzug aller Länder hin. Die ehemalige schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis hat das einmal versucht und musste dann wieder zurückrudern. Das sind auch Zwänge, die uns Fesseln anlegen. Allerdings gibt es keinen sachlichen Grund, warum ein Lehrer oder Professor Beamter sein muss.

**Um der Schuldenbremse im Grundgesetz gerecht zu werden, müssten bis 2020 nahezu 30.000 der gut 208.000 Stellen gestrichen werden, sagt der Präsident des Rechnungshofs. Ist es nicht eine Ohrfeige für die Landesregierung, dass der Rechnungshof nun eine Enquetekommission des Landtags fordert?**

**Kretschmann:** Solche reinen Rechenoperationen bringen nichts. Rechnen können wir auch. Wir wissen selber, wie viele Stellen wir theoretisch streichen müssten. Ich wäre dankbar, wenn das mit einer Aufgabenkritik verbunden wäre. Wir bekommen durch die EU immer mehr aufgebürdet, Beispiel Verbraucherschutz, Beispiel Tierschutz. Das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung wird ebenfalls immer größer. Gerichtsurteile zwingen uns dazu, noch mehr Kontrolle und Differenzierung zu machen. All das erfordert an sich noch mehr Personal. Insofern ist der Trend genau gegenläufig.

Sicherlich müssen und werden wir weitere Stellen einsparen. Aber wie wir das jedenfalls bis 2020 in der Größenordnung machen sollen, kann ich mir gar nicht vorstellen. Schließlich soll das Land ja noch ordentlich regiert werden. Und Sie sehen ja, welcher Gegenwind uns schon bei der Streichung von 11 600 Lehrerstellen entgegen bläst.

**Sie haben sich in der ersten Föderalismuskommission für eine weitgehende Veränderung des Beamtenstatus eingesetzt. Was sollte geändert werden?**

**Kretschmann:** Wenn es nach mir ginge, würde der Artikel 33 Absatz 5 abgeschafft. Das besondere Dienst- und Treueverhältnis des Artikel 33 Absatz 4, das reicht ja schon. Dann könnten wir die Spielräume, auf eine moderne Gesellschaft bezogen, neu zu bestimmen. Wir müssen von dem reinen Alimentationsprinzip herunterkommen, hin zu Regelungen, wie sie im sonstigen Arbeitsleben eigentlich üblich sind: das man nach Funktion bezahlt wird und nicht einfach nach Status, dass man Leitungsfunktionen wie zum Beispiel Schulleiter auf Zeit vergibt. Statusfragen bei Pen-

sionen wären auch neu zu regeln. Da gibt es meiner Ansicht nach viele völlig überkommene Gepflogenheiten.

Aber ich muss mich auch an Verfassungsartikel halten, die mir nicht passen. Und wir machen auch bei den Beamten, insofern können diese ganz beruhigt sein, nur Dinge, die uns die Verfassung möglich macht.

....

### 03 DPOIG weist Pauschalkritik an Sicherheitsbehörden zurück

Quelle: DPOIG Bund

**DPOIG weist Pauschalkritik an Sicherheitsbehörden im NSU-Untersuchungsbericht zurück - Die pauschale Kritik an deutschen Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit der NSU-Mordserie ist nach Auffassung der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG) überzogen und ungerecht. Auch die Kontrollgremien der Parlamente in Bund und Ländern hätten sich in den vergangenen Jahren nicht mit Ruhm bekleckert, so der DPOIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt. Deshalb sei „auf allen Seiten erheblich mehr Demut und Zurückhaltung angebracht“.**



Die pauschale Kritik an deutschen Sicherheitsbehörden im Zusammenhang mit der NSU-Mordserie ist nach Auffassung der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG) überzogen und ungerecht. Auch die Kontrollgremien der Parlamente in Bund und Ländern hätten sich in den vergangenen Jahren nicht mit Ruhm bekleckert, so der DPOIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt. Deshalb sei „auf allen Seiten erheblich mehr Demut und Zurückhaltung angebracht“.

#### **In Berlin erklärte der DPOIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt:**

„Es ist schon ein merkwürdiges Stück Parlamentsgeschichte, wenn sich Abgeordnete zu einem Tribunal über die Sicherheitsbehörden zusammenfinden und sich über Zustände in denjenigen Behörden empören, die sie zuvor als Mitglieder der Kontrollgremien des Parlaments kontrollieren sollten. Unzweifelhaft hat es im Zuge der Aufklärung der NSU-Mordserie Fehler und Versäumnisse in einzelnen Behörden und bei einzelnen Beschäftigten gegeben.“

Bei den Beschäftigten der Sicherheitsbehörden ist vielfach Trauer, Scham und Mitgefühl darüber anzutreffen, dass die Mörder nicht schnell genug erkannt und gestoppt werden konnten. Umfang-reiche Maßnahmen zur Verbesserung von Kommunikation, Zusammenarbeit und Stärkung der Analysekompetenz sind auf dem Weg und teilweise verwirklicht. Es war richtig, dass der Bundes-innenminister sofort reagiert hat und zentrale Informationssteuerung endlich angepackt hat. Dies haben wir viele Jahre lang gefordert und sind in der Politik immer wieder mit dem Hinweis auf das Trennungsgebot abgeblitzt. Es gehört zu den schlimmen Erfahrungen deutscher Politik, dass häufig erst fürchterliche Dinge passieren müssen, bis notwendige politische Schritte realisiert werden.

Aber zur Wahrheit gehört auch, dass die Parlamentarier in den Kontrollgremien sich nicht mit Ruhm bekleckert haben. Deshalb wäre auf allen Seiten mehr Demut und weniger nachträgliche Besserwissererei durchaus angemessen. Immerhin wird die Ar-

beit von Polizei und Verfassungsschutz maßgeblich von der Politik bestimmt. Gesetzliche Aufgabenzuweisung, Verbote der Zusammenarbeit, Politische Behördenleitung, gesetzliche Ausführungsvorschriften, Haushalt, Personal - alles wird von der Politik gestaltet. Jetzt so zu tun, als wären allein Sachbearbeiter und Ermittler für das Desaster verantwortlich, ist überzogen und ungerecht.

Umso wichtiger ist es, dass nicht nur die Sicherheitsbehörden die notwendigen Konsequenzen ziehen, sondern nun endlich Reformen der parlamentarischen Kontrolle angepackt werden. Ein Geheimdienstbeauftragter, der mit ausreichendem Personal, Kompetenzen und Technik ausgestattet ist, ist der richtige Weg. Die parlamentarische Kontrolle braucht nicht nur Kontrollgremien, sondern auch Kontrolleure. Der neu gewählte Deutsche Bundestag sollte dies als ersten Arbeitsauftrag auf die Agenda setzen, denn eine solche Tragödie darf sich nicht wiederholen!“

#### **04 14,5 Milliarden Euro Steuereinnahmen für das Land**

Quelle: dpa/Lsw

**Die Steuereinnahmen des Landes Baden-Württemberg haben im ersten Halbjahr 2013 einen Höchststand erreicht. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes flossen dem Land 14,5 Milliarden Euro zu. Das waren 148 Millionen Euro mehr als im Vorjahreszeitraum.**

Stuttgart - Die Steuereinnahmen des Landes Baden-Württemberg haben im ersten Halbjahr 2013 einen Höchststand erreicht. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes in Stuttgart vom Freitag flossen dem Land 14,5 Milliarden Euro zu. Das waren 148 Millionen Euro mehr als im Vorjahreszeitraum. Zugleich war dies der höchste Halbjahresbetrag mindestens seit 2005. Bei den sogenannten „kassenmäßigen Steuereinnahmen“ handelt es sich neben den reinen Landessteuern auch um die Gelder, die nach der Verteilung der Steuern auf Bund, Länder und Kommunen in die Landeskasse geflossen sind. Von wann der Steueranspruch stammt, ist dabei unerheblich. Wie das Amt weiter mitteilte, waren die Kommunen zum 31. Dezember 2012 mit rund 6,07 Milliarden Euro bei nicht-öffentlichen Geldgebern verschuldet. Damit seien die Schulden innerhalb eines Jahres um 114 Millionen Euro gesunken. Bei rechtlich unselbstständigen Eigenbetrieben der Gemeinden betrug der Schuldenstand 6,11 Milliarden Euro. Er war damit 23 Millionen Euro höher als ein Jahr zuvor.

Der baden-württembergische Gemeindetag hatte kürzlich darauf hingewiesen, dass sich die Finanzlage der Städte und Gemeinden im vergangenen Jahr verbessert hat - die Einnahmen lagen 2,17 Milliarden Euro über den Ausgaben. Allerdings hätten viele Gemeinden das Plus nur deshalb erwirtschaftet, weil sie Investitionen verschoben hätten. Ein Sprecher des Finanzministeriums in Stuttgart sagte auf Anfrage, diese Zahlen seien erwartet worden - die Berechnungen des Ressorts zum Landeshaushalt müssten daher nicht geändert werden.

#### **05 Auswahlverfahren für die Laufbahn des geh. PVD startet noch 2013**

Quelle: IM

**Nach Ansicht des Innenministeriums hat sich das Auswahlverfahren für die Zulassung zur Laufbahn des gehobenen Polizeivollzugsdienstes in seiner bis-**

**herigen Organisationsform bewährt. Deshalb soll an der dezentralen Durchführung auch in der neuen Organisationsform festgehalten werden.**

Um das nächste Auswahlverfahren 2014 ohne Umstellungsprobleme durchführen zu können, soll es nach Wünschen des Innenministeriums weitestgehend (Bewerbungen, Vorauswahl und Entsendungsschreiben) noch im Jahr 2013 vor der Änderung der polizeilichen Organisationsstruktur durchgeführt werden. Damit soll gewährleistet sein, dass das vorhandene bisher zuständige Personal der jeweiligen Zulassungsbehörde in der Umstellungsphase nochmals mit seinen Fachkenntnissen eingebunden werden kann. Der für die Vorauswahl zur Verfügung stehende Zeitraum wird dazu wesentlich verkürzt. Der schriftliche Teil des Auswahlverfahrens im Jahr 2014 wird dann nicht mehr von der Bereitschaftspolizei, sondern von der Hochschule für Polizei durchgeführt werden.

Ab dem Auswahlverfahren 2015 ist ein neues Verfahren in der (kompletten) Zuständigkeit der HfPol als zentraler polizeilicher Bildungsträger vorzusehen. Die hierzu notwendigen Regelungen werden vom IM-LPP rechtzeitig getroffen und mitgeteilt.

Der Ablauf des Auswahlverfahrens 2014 (Beginn 2013) ist wie folgt vorgesehen:

- Bewerbungen für das Auswahlverfahren für die Zulassung zur Laufbahn des gehobenen Polizeivollzugsdienstes 2014 können **ab sofort** bei den jeweiligen Zulassungsbehörden erfolgen.
- Der landeseinheitliche **Bewerbungsschluss** für das Auswahlverfahren 2014 wird bereits auf Montag, **4. November 2013** festgelegt.
- Die Zulassungsquoten werden nach dem landeseinheitlichen Bewerbungsschluss **auf der Basis der derzeitigen Organisationsform** vom Innenministerium berechnet und den Zulassungsbehörden bekannt gegeben.
- Durchführung der Vorauswahl bei jeder Zulassungsbehörde.
- Standortfestlegung für den schriftlichen Teil des Auswahlverfahrens durch das BPP in Abstimmung mit der HfPol.
- Entsendung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer für den schriftlichen Teil des Auswahlverfahrens wie bisher durch die Zulassungsbehörden.
- Durchführung des **schriftlichen Teils des Auswahlverfahrens im Frühjahr 2014** durch die HfPol mit Unterstützung des Präsidiums Einsatz und des Präsidiums Technik, Logistik und Service.
- Auswertung der Testbogen wie bisher durch die HfPol mit Unterstützung des Präsidiums Einsatz und des Präsidiums Technik, Logistik und Service.
- **Bekanntgabe der Ergebnisse** an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer spätestens im **Juni 2014** durch die HfPol mit Unterstützung des Präsidiums Einsatz und des Präsidiums für Technik, Logistik und Service.

Das IM-LPP will die Beamtinnen und Beamten des mittleren Polizeivollzugsdienstes zeitnah über den Ablauf des Auswahlverfahrens 2014 in P-Online informieren.

**Anmerkungen der Redaktion:** *Mit der Entscheidung des Ministeriums das Auswahlverfahren im Jahr 2013 in der alten Organisationsstruktur zu starten und den Bewerbungstermin vorzuziehen steigt die Enttäuschung der Aufstiegswilligen und wird das personelle Durcheinander deutlich. Welche Zulassungsbehörde ist denn dann zuständig? Diejenige, bei der man seine Bewerbung abgibt oder die, der man ab 1.1.2014 angehört und die nach dem Auswahltest über die Zulassung entscheidet? Wer konkurriert denn mit wem? Konkurriert man mit denjenigen, die bis zum 4.*

*November der gleichen Behörde angehören oder mit denen die ab 2014 im gleichen Polizeipräsidium arbeiten? Wie errechnen sich denn die Quoten auf die einzelnen Dienststellen? Welcher Personalrat ist denn zuständig? Oder sind denn gleich mehrere Personalräte und unterschiedliche Personalvertretungen innerhalb des Auswahlverfahrens zuständig. Ein Auswahlverfahren komplett in der alten Welt durchzuführen hätte Sinn gemacht und ein komplettes Verfahren in der neuen Welt sicher ebenso. Eine Zweiteilung hingegen wird das Tor für gerichtliche Entscheidungen eröffnen. So gibt es doch schon jetzt genügend Urteile der Verwaltungsgerichte die längst das Verfahren auf den Prüfstand schicken müssten. Überdies schließt das Vorziehen des Bewerbungsschlusses hunderte Bewerber aus, die mangels Dienstzeit die Voraussetzungen nicht erfüllen. Hier ist dringender Handlungs- und Informationsbedarf angezeigt.*

## **06 Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes**

Quelle: IM BW/ BW

**Die Landesregierung hat den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes, des Landesrichter und -staatsanwaltsgesetzes und anderer Vorschriften zur Verbandsanhörung über die Sommerpause hinweg freigegeben. Parallel wurde den Dienststellen die Möglichkeit einer Stellungnahme eingeräumt.**

Kurz vor den Sommerferien, fast üblich für das Verfahren bei so weitreichenden Änderungen, hat das Innenministerium den Verbänden den Entwurf samt Begründung übermittelt und gebeten wenn möglich vor dem Dienstag, den 27. August 2013 schriftlich Stellung zu nehmen.

Bei den angedachten Änderungen handelt es sich dabei nicht nur um geringfügige Umgestaltungen. Nein, da wird teilweise das System verändert und es ist mit umfangreichen Auswirkungen auf die Personalratsarbeit und damit auf die Vertretung der Beschäftigten zu rechnen. Aber nicht nur hier, sondern auch für die Dienststellen hat dies umfassende Auswirkungen.

Der Gesetzentwurf sieht vor, bekannte und bisher zur Erörterung gestellte Eckpunkte im Sinne einer umfassenden Modernisierung des Landespersonalvertretungsgesetzes noch vor den Personalratswahlen 2014 umzusetzen. Das Inkrafttreten soll noch zum 1.1.2014 erfolgen.

Im Schreiben an die Ministerien und damit den nachgeordneten Bereichen hat das Ministerium gleich mal vorsichtshalber darauf hingewiesen, dass die Grundzüge des Entwurfs im Vorfeld der Befassung des Ministerrats aufgrund der Eckpunkte politisch abgestimmt wurden und insoweit nicht mehr grundsätzlich zur Disposition stehen. Das Innenministerium könne von den Festlegungen in den Eckpunkten, welche die Landesregierung nach der rechtstechnischen Umsetzung in den Gesetzentwurf und nach vorhergehender Billigung der Regierungsfraktionen mit der Freigabe zur Anhörung inhaltlich festgeschrieben hat, nicht abweichen. Gleichwohl könnten Vorschläge, die nicht von so wesentlicher Bedeutung sind, dass sie eine erneute Anhörungspflicht auslösen könnten, also redaktionelle Anpassungen, Folgeänderungen oder bereichsspezifische Ergänzungen, in das Verfahren eingebracht werden.

## 07 Verkehrsunfallentwicklung in Baden-Württemberg

Quelle: IM BW

Im ersten Halbjahr 2013 ereigneten sich in Baden-Württemberg 138.600 Verkehrsunfälle. Dabei gab es 20.622 Verletzte. 202 Personen wurden getötet, 4.013 schwer- und 16.409 leichtverletzt.

Mit dem Anfang Juli 2013 verabschiedeten Verkehrssicherheitskonzept der Landesregierung will man bis zum Jahr 2020 die Zahl der Verkehrstoten um 40 Prozent reduzieren.

Steigerungen sind in nachfolgenden Bereichen festzustellen:

- getötete Fußgänger auf 39 (+ 34,0 %),
- getötete Senioren auf 64 (+ 21,0 %)
  - Jeder 2. getötete Radfahrer und Fußgänger ist über 65 Jahre alt
- 7.327 Lkw-Unfälle (+ 2,8 Prozent)
- 56 Verkehrstote mit Lkw-Beteiligung

Fakten zur Unfalllage in Baden-Württemberg im ersten Halbjahr:

- Pro Woche ereigneten sich durchschnittlich 5.331 Verkehrsunfälle;
- Pro Tag ereigneten sich durchschnittlich 86 Verkehrsunfälle mit leicht oder schwer Verletzten;
- Nahezu jeden Tag verlor ein Mensch bei einem Verkehrsunfall sein Leben.

## 08 DPoIG-Kurzmeldungen

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: dpa/26.08.2013

### Polizisten werden wegen Wasserwerfereinsatz bei S21-Demo bestraft

**STUTTGART / DPA** Fast drei Jahre nach dem Wasserwerfereinsatz gegen Gegner des Bahnprojekts Stuttgart 21 hat das Amtsgericht laut einem Bericht die ersten Strafbefehle gegen drei Polizisten verhängt.

Ein Kommandant und der Staffelführer erhielten eine Freiheitsstrafe von **sieben Monaten** auf Bewährung, wie die „Stuttgarter Zeitung“ am Montag online berichtete. Beim Stuttgarter Amtsgericht war am Abend zunächst niemand für Nachfragen zu erreichen.

Ein weiterer Kommandant, der dem Bericht zufolge eine Geldstrafe von **120 Tagessätzen** bezahlen soll, habe Einspruch eingelegt. Damit werde sein Fall öffentlich am Amtsgericht verhandelt. Einer der anderen Beamten erwäge ebenfalls einen Einspruch. Bei dem Einsatz am 30. September 2010, dem „Schwarzen Donnerstag“, hatte die Wasserwerfer-Besatzung den harten Wasserstrahl immer wieder auf die Demonstranten gerichtet, von denen mehrere erheblich verletzt wurden.

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: dpa/lsw - **Elf Menschen im Südwesten seit 1998 von Polizei getötet**

Bei polizeilichem Gebrauch von Schusswaffen verloren in den vergangenen 15 Jahren im Südwesten elf Menschen ihr Leben. Das berichten die «Stuttgarter Nachrichten».

ten» (Montag) unter Berufung auf eine Statistik des baden-württembergischen Innenministeriums. Demnach hätten Polizeibeamte im Land zwischen 1998 und 2012 in 97 Fällen gezielt auf Menschen geschossen. Elf seien dabei getötet und 51 verletzt worden.

Jeder der elf Todesfälle sei selbstverständlich bedauerlich, sagte der Inspekteur der Polizei Baden-Württemberg, Gerhard Klotter, der Zeitung. Er betonte aber auch: „Wir sind sehr froh, dass landesweit derart wenig von der Schusswaffe Gebrauch gemacht wird.“ Das liege unter anderem an der intensiven Ausbildung. „Die Beamtinnen und Beamten müssen meist innerhalb von Sekunden selbstständig korrekt entscheiden, ob sie als letztes Mittel laut Gesetz die Schusswaffe verwenden dürfen“, sagte Klotter.

Die Zahl der Schusswaffeneinsätze gegen gefährliche, kranke oder verletzte Tiere habe dagegen «signifikant» zugenommen. 1998 mussten die Beamten im Südwesten 287 Tiere erlegen, 2012 waren es 1093 Tiere.

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: dpa - **Acht Festnahmen nach Fußballspiel in Mannheim**

**Am Rande des Regionalligaspiels zwischen dem SV Waldhof Mannheim und den Kickers Offenbach (1:0) hat es am Sonntag einen Großeinsatz der Polizei gegeben. Dabei konnten größere Ausschreitungen der rivalisierenden Fußball-Fans verhindert werden.**

Trotzdem habe es acht Festnahmen unter anderem wegen Sachbeschädigung und des Einsatzes von Pyrotechnik gegeben. Darunter waren sechs Anhänger von Waldhof Mannheim und zwei von Kickers Offenbach. Von den 1350 Polizisten, die am Sonntag in Mannheim im Einsatz waren, wurden sieben leicht verletzt. Direkt nach dem Spiel waren den Angaben zufolge Polizisten aus einer Menge von bis zu 600 Waldhof-Fans mit Glasflaschen, Ästen und Feuerwerkskörpern beworfen worden. „Zum Glück hatten die Kollegen ihr komplettes Schutzoutfit angelegt. Wir können froh sein, dass nicht mehr passiert ist“, sagte der Polizeisprecher. Die Beamten seien die «Zielscheibe des Hasses» geworden, weil sie die Fans von Kickers Offenbach abgeschirmt hätten. Ohne den Einsatz von zwei Wasserwerfern wäre die Situation eskaliert. Die Kosten des Einsatzes schätzt die Polizei auf rund 750 000 €.

Schon während des Spiels hatten Fans versucht, im Mannheimer Carl-Benz-Stadion in den jeweils gegnerischen Block zu gelangen. Dabei wurde von der Polizei massiv Pfefferspray eingesetzt. Randalierer versuchten auch Absperrungen zu durchbrechen, um direkt auf die rund 1000 Fans von Kickers Offenbach zu treffen. Der Mannschaftsbus der Hessen wurde zudem durch Steinwürfe beschädigt. Schon im Vorfeld des Spiels hatte die Polizei mit Krawallen gerechnet. Teile der Fans der beiden Mannschaften sind seit Jahrzehnten verfeindet. In Mannheim hatte man deshalb versucht, über Fan-Organisatoren, die Stadt und Polizei sowie den SV Waldhof Mannheim auf gewaltbereite Fans einzuwirken.

---

**Ende DPoIG-ID Nr. 16/2013**